

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

10.06.2021

Inhalt

EWN

1 Wechsel in die Wirtschaft: Karenzzeit für Minister <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 10.06.2021</i>	3
2 Kernkraft: Stendal blieb der Atom-Riese erspart <i>Magdeburger Volksstimme, 10.06.2021</i>	4
3 Nukleares Tauschgeschäft <i>Süddeutsche Zeitung, 10.06.2021</i>	6
4 Weniger Castoren, gleiche Strahlung <i>die tageszeitung, 10.06.2021</i>	7
5 Endlager gesucht <i>Frankfurter Rundschau Deutschlandausgabe, 10.06.2021</i>	8

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 10.06.2021 | S. 9

📄 Auflage: 29.728 | Reichweite: 71.950

👤 Frank Pubantz

GESETZESÄNDERUNG

Wechsel in die Wirtschaft: Karenzzeit für Minister

Der Landtag hat ein Gesetz geändert: Für Minister und Staatssekretäre gilt künftig eine Sperrfrist von einem Jahr für einen Wechsel vom Amt in die Wirtschaft. Aufhänger war ein prominenter Fall.

Der nahtlose Wechsel eines Ministers oder Staatssekretärs in die *Wirtschaft* wird künftig in MV deutlich erschwert. Der Landtag hat das Ministergesetz geändert. Spitzenpolitiker, die von der Regierungsbank in die freie *Wirtschaft* gehen wollen, brauchen künftig innerhalb eines Jahres die Zustimmung. Anlass war das Ausscheiden des früheren Energieministers Volker Schlotmann (SPD) 2014. Sieben Jahre hat es also gedauert, bis sich die Parteien im Landtag auf eine Lobbyismus-Bremse einigten. Schlotmann, als Energieminister auch für Windkraftthemen zuständig, war vor sieben Jahren nach Krankheit und Rücktritt direkt in eine Windbranche gewechselt. Das löste seinerzeit massive Kritik aus.

Die Linken im Landtag plädierten für 18 Monate Karenzzeit für Minister & Co. „MV bleibt weit hinter den

Standards zurück“, so Jacqueline Bernhardt. Im Bund gelten 18, in manchen anderen Bundesländern sogar 24 Monate. Der Vorschlag der Koalition sei daher „dünne Suppe“. Auch die AfD sprach sich für zwei Jahre Karenzzeit aus. Franz-Robert Liskow (CDU) warnt dagegen vor einem „Berufsverbot für Politiker“.

Angekündigt war das neue Ministergesetz von der Regierung bereits vor zwei Jahren. Inhalt: Frühere Minister und Staatssekretäre müssen innerhalb eines Jahres nach dem Ausscheiden anzeigen, wenn sie einen Job außerhalb des öffentlichen Dienstes annehmen wollen. Ein Gremium prüft, die Landesregierung entscheidet. Auf diese Weise sollen Interessenkonflikte vermieden werden. Im Gegenzug ist ein Übergangsgeld für Minister vorgesehen, die noch nicht in eine Firma wechseln können.

Kernkraft: Stendal blieb der Atom-Riese erspart

Neue ZDF-Dokumentation geht den nuklearen Geheimnissen der DDR nach Von Steffen Honig

Stendal in der Altmark sollte die Atom-Hauptstadt der DDR werden. Doch das Kernkraftwerk war zur Wende nicht fertig. Es wurde abgewickelt, wie die gesamte Nuklearwirtschaft des Landes. Hintergründe vermittelt ein neuer TV-Tatsachenbericht.

Magdeburg. Rums – da waren sie weg, die Kühltürme des Kernkraftwerkes Stendal. Sie hatten nie etwas zu kühlen und wurden folgerichtig 1999 gesprengt. Der Komplex bei Arneburg war das größte **Atom**-Vorhaben der DDR. So war der Fall der Türme auch ein symbolischer Schlussakkord der **Nuklearwirtschaft** im Osten Deutschlands.

Den immer verschlossenen Wirtschaftszweig nimmt jetzt die ZDF-Dokumentation „Die sieben geheimen **Atompläne** der DDR“ ins Visier. Zwei Handlungsorte liegen mit dem **KKW** Stendal und dem **Atomendlager** Morsleben in Sachsen-Anhalt. Die anderen Verschlussachen sind der Uranabbau im Erzgebirge, das **KKW** Lubmin bei Greifswald, der Forschungsreaktor Rossendorf bei Dresden sowie die DDR-Friedensbewegung gegen die **Atomrüstung** und die Verdrängung der Tschernobyl-Katastrophe von 1986.

In Stendal begannen die Arbeiten 1974. Nicht nur ein Vier-Reaktoren-Kraftwerk auf der Basis sowjetischer Technik sollte entstehen, sondern auch neue Wohngebiete, Stendal-Stadtsee mit einem eigenen Bahnhof und Stendal-Süd, wurden gebaut. Die Hälfte der Wohnungen, rund 6000, wurde nach der Wende abgerissen.

Ein Bau ohne komplett fertiges Projekt

Im Film, dem historische Aufnahmen und Berichte von Zeitzeugen reichlich Authentizität verleihen, berichtet Ingenieur Horst Paulus über die größte Achillesferse des Bauvorhabens an der Elbe: die rollende Projektierung. Das heißt, es gab keine fertige Planung, sondern aus der Sowjetunion flatterten ständig neue Unterlagen herein.

Die mussten übersetzt und auf den Stand der Bauarbeiten abgestimmt werden. Improvisationskunst, diese Ur-DDR-Tugend, war auch im künftigen **Atomkraft-**

werk an der Elbe unerlässlich. Die Kosten waren mit zehn Milliarden DDR-Mark angesetzt worden. Doch sie verdoppelten sich bereits während der Bauzeit. Geplant waren vier 440-Megawatt-Reaktoren, später wurde dies zugunsten von zwei 1000-MW-Blöcken neuerer Bauart mit Kühlturmrückkühlung geändert.

Außerdem wurden Fachkräfte aus der Bundesrepublik angeheuert. Welch eine Groteske: Bei diesem Prestige-Projekt der sozialistischen ökonomischen Integration wurden westdeutsche Experten „eingeschleust“, um es mit allen notwendigen technischen Parametern bei erfüllten Sicherheitsstandards fertig zu bekommen.

Westdeutsche Experten speisten separat

Natürlich sollte davon außer den direkt Beteiligten wie Paulus möglichst niemand wissen: „Wenn die Essenszeiten im Werkrestaurant vorbei waren, durften wir mit ihnen an einen Sondertisch. Damit ja von den Bauarbeitern keiner Kontakt zu ihnen bekam“, sagt der Ingenieur heute schmunzelnd. Das westdeutsche Interesse an einem sicheren **Atomkraftwerk** war nicht nur geschäftlicher Natur: Wenige Kilometer von der Grenze zwischen dem Bezirk Magdeburg und Niedersachsen entfernt, hätte jede größere Havarie in Stendal unweigerlich auch für die Bundesrepublik katastrophale Folgen gehabt.

Nach dem Tschernobyl-Unglück, das in die Bauzeit des altmärkischen Meilers fiel, wurden die Sicherheitseinrichtungen neu überdacht. Kernkraftgegnern wie Umweltaktivist Malte Fröhlich reichte dies nicht. „Ich hatte Angst vor dem **Atomkraftwerk** Stendal“, bekennt er vor der Kamera. Damit war er nicht allein. Nur wurde jeder Protest, ehe er massenwirksam werden konnte, von den DDR-Organen unterdrückt. Das änderte sich erst in der Wendezeit, wo sich der Widerstand gegen den gigantischen **Atommeiler** lautstark artikulierte.

Ex-Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat sich nach

der deutschen Einheit mit der Zukunft der ostdeutschen **Atomanlagen** beschäftigt. Die Kraftwerke Lubmin und **Rheinsberg** wurden abgeschaltet, die Wismut-Bergwerke stillgelegt. „Wir brauchen Techniken, die globalisierungsfähig sind, lernende Verfahren“, resümiert Töpfer seinen **Atom**-Erfahrungen.

Für das Kernkraftwerk Stendal, das nach ursprünglichen Planungen im Jahr 2000 ein Fünftel des DDR-Energiebedarfes decken sollte, erfolgte 1991 ein Baustopp. 1993 wurde die Investitionsruine endgültig geschlossen. Auf dem Gelände produziert heute eines der größten Zellstoffwerke Deutschlands.

KURZ GEMELDET**Nukleares Tauschgeschäft**

Deutschland und Frankreich bereiten einen komplizierten Ringtausch mit Atommüll vor. Danach sollen aus der Wiederaufarbeitung in La Hague zwar weniger Abfallbehälter nach Deutschland zurückkommen – diese enthalten aber stärker radioaktiven Abfall. Die nötige gesetzliche Grundlage haben am Mittwoch die zuständigen Bundestagsausschüsse auf den Weg gebracht. Hintergrund sind Komplikationen beim Transport mittelradioaktiven Metallschrotts der zerlegten Brennelemente. Ursprünglich sollten 152 Behälter mit dem Schrott bis 2024 ins nordrhein-westfälischen Zwischenlager Ahaus gebracht werden. Doch es gebe Problem mit der Genehmigung der Transportbehälter, heißt es in einem Papier von Wirtschafts- und Um-

weltministerium. Der Transport könne sich um 20 Jahre verzögern – ein Umstand, der offenbar Frankreich nicht behagte. Weitere fünf Castoren sollten ins Zwischenlager beim Atomkraftwerk Philippsburg, sie sollten verglaste mittelradioaktive Abfälle enthalten. So der Plan. Stattdessen sollen insgesamt nun nur drei bis fünf Castor-Behälter nach Philippsburg rollen – dies aber mit hochradioaktiven Abfällen. Die Radioaktivität, so heißt es in dem Papier, bleibe die gleiche. Nur die Menge ist kleiner. Weil dagegen Frankreich nun eine größere Menge lagern muss, soll auch Geld fließen, sowohl von den Energiekonzernen, als auch aus dem öffentlichen Fonds für die nukleare Entsorgung. Die genaue Summe blieb offen.



📰 die tageszeitung | 10.06.2021 | S. 8

📄 Auflage: 50.924 | Reichweite: 321.255

Weniger Castoren, gleiche Strahlung

Deutschland muss deutlich weniger Castor-Behälter aus der französischen Wiederaufbereitung zurücknehmen als ursprünglich vereinbart – dafür wird der Inhalt deutlich stärker radioaktiv sein. Statt 157 Behältern mit mittelradioaktivem Müll, sollen nun 5 kommen, die dafür hochradioaktive Abfälle enthalten. Diese sollen spätestens 2024 ins Zwischenlager des AKW Philippsburg gebracht werden, teilten das Umwelt- und

das Wirtschaftsministerium am Mittwoch mit. Insgesamt bleibe die Radioaktivität dabei etwa gleich, aber statt 13 der ungeliebten Castortransporte ist nur einer nötig. Grund für die neue Vereinbarung mit Frankreich ist, dass es für den bisher vorgesehenen Abfall keine geeigneten Behälter gibt. Zum Ausgleich für das höhere Abfallvolumen erhält Frankreich ungefähr eine Milliarde Euro.

GASTBEITRAG**Endlager gesucht****Einen sicheren Ort für unseren Atommüll zu finden ist kompliziert – und verbunden mit vielen Dilemmata.**

Das Gesetz zur Endlagersuche ist eine Zumutung. Für Behörden, Politiker:innen und für die Zivilgesellschaft. Warum? Weil sein Objekt, der hochradioaktive **Atommüll**, ein „wicked problem“ ist – ein tückisches Problem ohne gute Lösungsmöglichkeit – und es trotzdem eine Lösung anbieten muss. Entsprechend anspruchsvoll ist das Verfahren zur Suche eines Endlagerstandorts für diesen hochgefährlichen Abfall: Es soll wissenschaftsbasiert und transparent, partizipativ, lernend und reversibel sein.

Die Endlagerkommission, bestehend aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, hat mit der vergleichenden Standortsuche und neuen Partizipationsformaten ungewohnte Grundlagen für ein Gesetz geschaffen. Komplexität packt das Problem gut an, aber die Endlagersuche ist – wie es einem „wicked problem“ gebührt – eingebettet in Dilemmata, manche von vornherein klar, andere zeigen sich in der Umsetzung.

Dilemma 1 ist das ganz große mit der ethischen Komponente, das weit über unsere Zeit hinaus weist: Wie werden wir nachfolgenden Generationen gerecht? Indem wir versuchen, ein Problem mit einer Zeitschiebe von einer Million Jahren zu lösen, um es denjenigen, für die **Atomkraft** kein Thema (und keine Berufswunsch) mehr sein wird, nicht vor die Füße zu werfen? Damit befreien wir sie von Verantwortung. Oder indem wir auf ihr dann größeres Wissen vertrauen, was mit der strahlenden Hinterlassenschaft des **Atomzeitalters** zu tun ist und nicht von ihnen verlangen, mit unserer Entscheidung zu leben? Damit geben wir ihnen Entscheidungshoheit. Die Endlagerkommission hat sich für den Kompromiss – den es hier gibt – entschieden: Rückholbarkeit für die Jahrzehnte während der Einlagerung; Bergbarkeit für weitere 500 Jahre: mit Aufwand kann der abgeschlossene **Atommüll** wieder geborgen werden.

Dilemma 2 zeigt sich im ersten Schritt: Die Bundesgesellschaft **BGE** muss innerhalb der ersten Suchphase, in der nur bereits vorhandene Daten angewandt werden, einen Zwischenbericht vorlegen. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft soll so früh wie möglich gestartet werden. Die dafür benötigte Vorlage, die erstmal nur die ganz offensichtlich ungeeigneten Bereiche ausschließt, wird genau deswegen angegriffen: Die von den geologischen Landesämtern übermittelten Daten seien nicht alle ausgewertet, das Sieb zu grob. Frühe Beteiligung und vertiefte Betrachtung sind aber unvereinbar.

Dilemma 3: Partizipation steht im Gesetz. Doch wann fühlt sich jemand beteiligt? Vetorechte verbieten sich bei einem wissenschaftlichen Auswahlprozess – Partizipation heißt hier Kontrolle. Darüber, ob das Verfahren fair und gerecht ist. Aber ab welchem Vorwissen ist man in der Lage, das zu beurteilen? Ab der zweiten Phase stehen den dann installierten Regionalkonferenzen Geschäftsstellen und wissenschaftliche Beratung zu. Die Materie ist dann aber bereits so komplex, dass es viel individuelle Zeit braucht. Ist das zumutbar? Jetzt, wo der Einstieg noch vergleichsweise leicht ist, nehmen an den (virtuellen) mehrtägigen Fachkonferenzen über 1000 Menschen teil. Für die Veranstalter:innen ein Erfolg. Aber eine Basis für die Endlagersuche?

Das Dilemma 4 ist die Geschichte. **Atomkraft** ist ein hoch emotionalisiertes Thema. Zu Recht! Denn nirgendwo hat sich politische Verantwortungslosigkeit so exemplarisch manifestiert wie hier, wo die Folgen einer Entscheidung einfach ignoriert wurden. Sich nun gesamtgesellschaftlich an eine Lösung des **Atommüllproblems** zu machen, ist für die Anti-**Atom**-Szene eine besondere Zumutung. Sie soll plötzlich mit Behörden, Politiker:innen und weiteren Entscheider:innen gemeinsame Sache machen. Bündnispartner:innen da sehen, wo immer Misstrauen angebracht war.

Viele aus dieser Szene sind jahrelang in die Thematik eingearbeitet, äußern Einwände und Kritik und erleben, dass die zuständige Bundesgesellschaft trotzdem oft abweichende Vorgehensweisen wählt – aus dargelegten guten Gründen, aber wie soll das Menschen überzeugen, die jahrzehntelang den Eindruck hatten, bei den Zuständigen gegen Windmühlen zu kämpfen?

Dilemma 5 schließlich stellt sich zur Übertragbarkeit der Strukturen des Gesetzes auf andere Vorhaben. Ist es konsequent, den Aufwand der Suche nach einem Endlager für den gefährlichsten hochradioaktiven Müll auch für den Umgang mit schwächer *radioaktivem*

Müll und für Zwischenlager einzufordern? Oder überfordert man die Akteure – die Behörde, die Ausführenden, die Zivilgesellschaft – damit endgültig? Und schadet der Endlagersuche?

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind diese fünf Dilemmata schon gravierend genug. Was hilft? Vielleicht das Wissen, dass wir ein Endlager brauchen – um uns und unsere Umwelt zu schützen und die nächsten 30 000 Generationen.

Sylvia Kotting-Uhl ist Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.